

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

BERNHARD SCHÄFER BRONZEN
KÖNIGL. HOFLIEFERANT
7 PRAGER STRASSE
AUSERLESENE
IN REICHSTER AUSWAHL

Ausgaben-Zerif.
Abnahme von Anzeigen bis nachher.
3 Uhr, Sonntage nur
Abendblätter 10 von
11 bis 12 Uhr. Die
einzelnen Ausgaben
(ca. 8 Seiten) 20 Pf.,
Familien-Anzeigen
aus Dresden 25 Pf.,
die übrigen 30 Pf.,
auf Anfrage 70 Pf., die
einzelnen Anzeigen
1,50 M. — In
Kamern nach Sonn-
und Feiertagen die
einzelnen Ausgaben
25 Pf., Familien-
Anzeigen aus Dres-
den die Grundgebühr
30 Pf. — Zusätzliche
Aufträge nur gegen
Vorauszahlung.
Jedes Blatt kostet
10 Pf.

Besondere-Beilage
Hierunter, die Zusätze
bei täglich zweimaliger
Zusatzung (ca.
Gesamtwertung
von einem 1,50 M.,
durchaus billige
Anzeigen bis 1,50 M.,
bei einmaliger
Zusatzung nach die
1,50 M. (ohne Beilage).
Die den Lesern von
Zusätzen in Verbindung
ein Zug vorber zu
gehören. Neben-An-
zeigen erhalten die aus-
sagefähigen Beilage mit
der Tagesausgabe
placieren. — Auf-
trag nach mit be-
sonderer Rücksicht
(Dresd. Stadt.) zu
erhalten. — Unverlangte
Blätter werden
nicht aufbewahrt.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sachs. Hoflieferanten
Dresden-A., Serrestrasse 5/7
gegenüber der Ortskrankenkasse.
Gegr. 1869. Fernruf: 3160 und 17426. Gegr. 1869.

Lampen : Installation
für alle Lichtarten. für Gas und elektrisch.
Glühkörper, Zylinder, Osramlampen
Petroleum, Gasglühlicht, elektrisch.

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sachs. Hoflieferanten
Dresden-A., Serrestrasse 5/7
gegenüber der Ortskrankenkasse.
Gegr. 1869. Fernruf: 3160 und 17426. Gegr. 1869.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: Volkig, mild, zeitweise Niederlag, im Gebirge Schnee.
Die Volksschulreform ist als gescheitert anzusehen, da in den Deputationen im Vereinigungsverfahren über den Volksschulgesetzentwurf keine Einigung erzielt worden ist; die Schlussabstimmungen in beiden Kammern finden heute statt.
Die beiden Kammern des sächsischen Landtages erledigen am Mittwoch noch verschiedene Entwürfe und Positionen in übereinstimmender Weise.
Die Reichsregierung hat gegen den Verkauf eines „Parisval“-Luftschiffes an die englische Marineverwaltung keine Bedenken erhoben.
Die sozialdemokratische Fraktion des bairischen Landtages wird geschlossen an der Weisungsbefehlsmehrheit und an der Eidesleistung teilnehmen.
In Oesterreich-Ungarn erfolgen fortgesetzt Verhaftungen von russischen und serbischen Espionen.
Der russische Ministerpräsident Kowalow sprach in der Reichsbürgerversammlung die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Balkankrise aus.
Die österr. Ministerkammer erklärte sich mit dem Vorgehen der russischen Ministerkammer einverstanden und beschloß, den Besuch der Vorlesungen vorläufig einzustellen.
Auf der Besche „Minister Adenbach“ bei Dortmund wurden bis gestern Abend 13 Tote geborgen.

Artilleriegerüchte und militärische Neuforderungen.

Artilleriegerüchte schwirren wieder einmal umher. Der Politiker von Fach ist diese Erscheinung, die sich mit derselben Regelmäßigkeit, wie die Jahreszeiten abwechseln, wiederholt, schon so sehr gewohnt, daß er sie mit der Gleichgültigkeit, die auf die Dauer das Unabwendbare erzeugt, hinnimmt. Wenn aber die Sache zu großen Umfang gewinnt, so daß durch die von radikaler Seite betriebene Ausbeutung derartiger Gerüchte im parteipolitischen Interesse die allgemeine nationale Wohlfahrt gefährdet wird, dann ist es eine unabwiesbare patriotische Pflicht, dagegen einzuschreiten und die übertriebenen Darstellungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Diesmal hat das Artilleriegerücht seinen Ausgang von der Jesuitenrede im Reichstags genommen. Die künftigen Leute, die das Gras wachsen hören, noch ehe es gefät ist, glauben in den Ausführungen des Staatssekretärs des Innern Delbrück über die Gewerkschaftsfrage einen Gegensatz zu den Ausführungen des Reichskanzlers über den bairischen Jesuitenerlass wittern zu müssen. Man fand, daß Herr Delbrück den staatlichen Standpunkt nicht mit der gleichen Energie gegen kirchliche Übergriffe verteidigt habe, wie der Kanzler aus Anlaß der Jesuitenfrage, und schnell war man fertig mit dem Urteil, daß der Staatssekretär des Innern sich so etwas nur erlauben könne auf Grund der Überzeugung, daß Herr v. Bethmann-Hollweg keinen festen Boden mehr unter den Füßen habe. So war denn eine Kanakerkrise fix und fertis. Wer aber soll diese verschuldet und den Staatssekretär gegen den Kanzler scharf gemacht haben? Natürlich ausgerechnet die bösen Konzeptionen, die nach der unausrottlichen Vorstellung des Radikalismus noch immer im Banne des „Schwarzblauen Blocks“ leben und es deshalb dem Kanzler angeblich nicht verzeihen können, daß er gegen die Jesuiten so mannhafte Worte gefunden hat, die dem protestantischen Volksempfinden aus der Seele gesprochen waren. Für verständige Leute lohnt es sich wirklich nicht, die abgekandene Nebenart von den ultramontanen Meinungen der Konzeptionen, die doch durch die bloße sinnlose Wiederholung nicht an Heberzeugungskraft gewinnen kann, immer wieder und wieder in ihrer ganzen Ostlosigkeit nachzuweisen. Nur daran sei hier nochmals erinnert, daß das konservative Berliner Hauptorgan gerade in der letzten Zeit wiederholt in der schärfsten Weise gegen das Zentrum und seine Verbindung mit der kurialen Machtpolitik Stellung genommen hat, mit dem sehr ersten und nachdrücklichen Hinweis, daß die fortgesetzten Herausforderungen des protestantischen Empfindens schließlich nur den Erfolg haben könnten, auch auf der rechten Seite dem Gedanken der Trennung von Staat und Kirche Eingang zu verschaffen.

Es gibt schlechterdings keinerlei Verbindung zwischen Zentrum und Konzeptionen, die irgendwie auf eine Wesens- und Anschauungsgemeinschaft zwischen diesen beiden Elementen zurückgeführt werden könnte. Die geistig und sittlich freie evangelische Weltanschauung, in der die konervative Auffassung wurzelt, und das verblödete päpstlich-hierarchische Prinzip des Ultramontanismus sind zwei unüberbrückbare Gegensätze. Wenn trotzdem im Parlament Konzeptionen und Zentrum gelegentlich zusammengehen, so kann es sich dabei immer nur um eine Arbeitsgemeinschaft von Toll zu Toll handeln, wie sie oft genug auch von der linken Seite betätigt worden ist. Das ist so klar und unbezweifelbar, daß schon eine sehr harte Dosis parteipolitischer Verantwortung dazu gehört, um immer wieder das Gegenteil zu behaupten. Für jeder halbwegs Einsichtigen ist darum auch das offiziöse Dementi des angeblichen Gegensatzes zwischen Kanzler und Staatssekretär völlig beweiskräftig.

Tamit nicht genug, werden auch noch Unstimmigkeiten zwischen dem Kanzler und dem Reichsfinanzsekretär Kühn auf der einen und dem preussischen Kriegsminister, sowie dem Staatssekretär der Marine v. Tirpitz auf der anderen Seite behauptet. Man meint an, daß die von den militärischen Autoritäten für notwendig erachteten Mehrforderungen für den Ausbau der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande von dem Reichskanzler im Verein mit dem Reichsfinanzsekretär im gegenwärtigen Augenblicke aus finanzpolitischen Gründen als „nicht opportun“ erachtet und zurückgewiesen worden wären, und daraus soll sich eine sogar in der Form sehr scharfe Meinungsverschiedenheit zwischen den bezeichneten Ministergruppen entwickelt haben. Schält man aus diesen Mutmaßungen und Gerüchten, die zum Teil in einer tendenziöse Absicht nur zu deutlich verrätenden sensationellen Aufmachung lanciert werden, den sachlichen Kern heraus, so ist gewiß die Möglichkeit zuzugeben, daß das finanzielle Interesse mit den militärischen Notwendigkeiten zeitweilig in Widerspruch gerät. Von da aber bis zu einer Krise, die zur Voraussetzung hätte, daß die finanzielle Leitung des Reiches in Uebereinstimmung mit dem obersten verantwortlichen Beamten den Reichsfiskus gegenüber den von militärischer Seite als unabwendbar notwendig erkannten Ausgaben endgültig und unerbittlich zuckte, ist denn doch noch ein weiter Schritt. Vielmehr dürfen alle Patrioten im Reiche die feste Ueberzeugung haben, daß etwaige Unstimmigkeiten im Schoße der Regierung über die Opportunität militärischer Anforderungen schließlich in einer Weise erledigt werden, wie es das gemeinsame Interesse der Sicherstellung unseres Vaterlandes und des europäischen Friedens erheischt. Auch des europäischen Friedens! Denn noch heute besteht die alte 42jährige Wahrheit zu Recht, daß der Friede Europas um so gesichelter ist, je schärfer geschlossen das deutsche Schwert ist, das von keiner Eroberungsfürstigen, sondern nur auf die Wahrung der deutschen Ehre und der deutschen Lebensinteressen bedachten Hand geführt wird, unter sorgfältiger Achtung der wohl-erworbenen Rechte fremder Nationen.

Die unablässige Wachsamkeit der Heeresleitung erhebt aus der Meldung, die von einer ausdrücklich als zuverlässig bezeichneten Seite kommt, daß ein im preussischen Kriegsministerium vorliegender Nachtragsetat zur Erhöhung der Kriegsmarine des Heeres 45 Millionen Mark Neuforderungen verlangt. Tatsächlich sind ja noch verschiedene recht empfindliche Lücken in unserem Heerwesen auszufüllen. Dazu gehört neben der Schaffung einer Luftflotte die Aufstellung selbständiger Kavalleriedivisionen im Frieden, ferner die Beseitigung der noch vorhandenen Mängel in unserer Feldartillerie und die Regelung der Maschinengewehrbesetzung. Schon steht Frankreich auf dem Sprunge, unserer Heeresverwaltung mit der Ausrüstung aller Infanteriebataillone mit Maschinengewehren zu vorzuziehen. Dann wird die französische Armee bereits im nächsten Frühjahr für jedes Bataillon zwei Maschinengewehre zur Verfügung haben, und es erscheint daher die von deutscher nationaler Seite erhobene Forderung, daß deutscherteils die Einführung der Maschinengewehrkompanie bei allen Truppenteilen nicht erst, wie vorgesehen, zum 1. Oktober, sondern bereits zum Frühjahr erfolgen solle, wohl begründet. Endlich ist auch das allen, längst beklagte Uebelstand zu gedenken, daß wir im Widerspruch mit der allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht bei weitem nicht alle dienstfähigen Leute in die Armee einstellen und auch unsere Ersatzreserven nicht militärisch

ausbilden. Alle diese Unfertigkeiten in unserer Panzerung von Erz können sich angesichts der ganzen Weltlage gegebenenfalls so schwer rächen, daß wir keinen Augenblick länger zögern dürfen, das zu tun, was die militärischen Sachverständigen nach Pflicht und Gewissen für schlechteste unauflösbar erklären. Es ist offenes Geheiß, daß die Militärverwaltung mit verschiedenen von ihr für wesentlich erachteten Forderungen bei der Erneuerung des jetzigen Quinquennats nicht durchdringen konnte, weil das Reichsfinanzamt ein scharfes Veto einlegte. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß bei dem hohen patriotischen Verantwortungsgesühl aller unserer leitenden Stellen finanzielle Bedenken unter allen Umständen zurücktreten müssen, wenn der kritische Augenblick die Erfüllung zwingender militärischer Notwendigkeiten gebieterisch fordert. Die Etatsdebatte im Reichstags hat bewiesen, daß es an der patriotischen Opferwilligkeit des Parlamentes mit Bezug auf alles, was auf dem Gebiete unserer nationalen Verteidigung wirklich unerlässlich ist, nicht mangeln wird. Hinter dieser Bereitwilligkeit des Reichstages aber steht auch das ganze deutsche Volk, das den Ernst der Stunde begreift und alles anbietet, um seine nationale Existenz gegen alle Gefahren sicher zu stellen.

Ueber günstige Ausichten der Londoner Konferenzen

Schreibt der „Berliner Vol.-Anz.“:
Wenn auch über den Inhalt der auf der Volkshalle-Reunion gefolgten Verhandlungen nur wenig in die Öffentlichkeit dringt, so scheint doch bereits festzustehen, daß sie keinen unglücklichen Ausgang nehmen. In Berliner auf unrichtigen Kreisen ist man dabei geneigt, anzunehmen, daß die Londoner Besprechungen der sechs Völkerverträte Ende dieser Woche abgeschlossen werden könnten, und zwar unabhängig von den weiteren Ergebnissen der Friedenskonferenz.
Was über die bisherigen Verhandlungen der Friedenskonferenz bekannt geworden ist, hat man nicht den Eindruck, daß die Türkei beharrt, sie absichtlich in die Länge zu ziehen, um für etwaige militärische Vorbereitungen Zeit zu gewinnen; vielmehr ist der Standpunkt der türkischen Delegierten, die sich nicht in der Lage sehen, mit den Vertretern Griechenlands zu unterhandeln, solange die kriegerischen Operationen dieses Landes fortbauern, als nicht ungerechtfertigt anzusehen. Man darf daher hoffen, daß die griechische Regierung sich inzwischen bereit finden lassen werde, Vorkerkungen für den Eintritt der Waffenruhe zu schaffen, damit die Beratungen der Friedenskonferenz ungehindert Fortgang nehmen können.
Von anderer Seite erfährt jedoch dasselbe Blatt, daß man in eingeweihten Kreisen nicht ganz so vertrauensvoll in Bezug auf den Ausgang der Friedenskonferenz ist und fürchtet, daß es hauptsächlich die Frage einer Geldentschädigung seitens der Türkei sein wird, die die Haupt Schwierigkeit bereiten dürfte; denn die finanzielle Erschöpfung wird in der Türkei mindestens ebenso groß sein, wie sie es in den verschiedenen Balkanstaaten ohne Zweifel sein muß. Es wird angenommen, daß die Bemühungen der Großmächte insofern, als diese sich überhaupt in die Friedensverhandlungen einzumischen sollten, hauptsächlich darauf gerichtet sein werden, den schwierigen Punkt der Geldentschädigung zu mildern, und man rechnet in dieser Hinsicht und ebenso in der Frage der Abtretung von Gebieten, mit denen für die Türkei Ehrenfragen oder religiöse Empfindlichkeiten verbunden sind, auf die bis jetzt noch immer gezielte Mäßigung und Staatsklugheit der Balkandiplomaten, vornehmlich aber der Bulgaren.

Die Berichte des Konsuls in Sol

über die Affäre Prochaska kommen zu folgenden Feststellungen: 1. Alle Gerüchte über eine Verletzung des Konsuls Prochaska sind unbegründet. Es wird zugleich konstatiert, daß die Gerüchte von Belgrad aus ihren Weg nahmen und daß in ebenso unerklärlicher Weise das serbische Ministerium ihnen nicht entgegentrat, während von Wien aus, wo jede Kenntnis der Vorgänge in Belgrad fehlte, diesen Gerüchten nicht entgegengetreten werden konnte. Die von der serbischen Regierung gegen den Konsul Prochaska erhobenen Vorwürfe waren unterbreiten Vernehmens sind unbegründet. 2. Die Unternehmung hat schwerwiegende Verletzungen des Völkerrechts durch Serbien festgesetzt. 3. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad wird vom Auswärtigen Amt den Auftrag erhalten, in einer entsprechenden Form von der serbischen Regierung umfassende Genugtuung zu verlangen.

Der bulgarische General Volkoff

ist zum militärischen Kommandanten von Masadonien ernannt worden.

Von der Cholera.

Montag und Dienstag sind in Konstantinopel 80 Erkrankungen und 45 Todesfälle an Cholera vorgekommen. In Thessalonien sind seit dem 28. Nov. 305 Erkrankungen und 205 Todesfälle an Cholera zu verzeichnen gewesen.

Erst Pfunds Yoghurt!